



Fraktionserklärung

Zürich, 2. September 2026

Erklärung der Sozialdemokratischen Fraktion

Bericht zu den Liegenschaftskäufen 2022-2025

Der Stadtrat stellte letzte Woche seinen Bericht zu den Liegenschaftskäufen zwischen 2022 und 2025 vor. Der seit Mitte 2025 faktisch bestehende Kaufstopp verhindert die Umsetzung des Volksauftrags, bezahlbaren Wohnraum zu fördern.

Die Mieten in der Stadt Zürich haben sich in den letzten 25 Jahren verdoppelt. Immer mehr Wohnraum wird von renditeorientierten Immobiliengesellschaften übernommen, die immer höhere Mieten verlangen. Fast wöchentlich liest man in den Zeitungen von Zürcher:innen, die bei Leerkündigungen ihr Zuhause verlieren, weil Immobilienkonzerne Platz für eine teurere Wohnung machen wollen. Wenig überraschend ist der fehlende bezahlbare Wohnraum gemäss der Bevölkerungsbefragung des Stadtrates die grösste Sorge der Zürcher:innen.

Um die Übernahme der Stadt Zürich durch Immobilienfirmen zu verhindern und mehr bezahlbaren Wohnraum zu erstellen, hat die SP in den letzten Jahren verschiedene Volksabstimmungen angeregt und gewonnen. 2021 wurde dem Stadtrat die Kompetenz übertragen, selbständig Liegenschaften zu erwerben und so bezahlbaren Wohnraum langfristig zu sichern. Ende 2024 schrieb die Bevölkerung einen expliziten Kaufauftrag in die Gemeindeordnung.

Trotz diesen deutlichen Volksaufträgen der Stadtrat im Jahr 2025 unter der Federführung von Finanzvorsteher Daniel Leupi eine Kehrtwende vorgenommen: Statt den vom Gemeinderat eingestellten 600 Millionen Franken wurde 2025 weniger als die Hälfte ausgegeben. 2026 sind es bislang sogar erst rund 20 von 600 Millionen Franken.

Das Drittelsziel ist für die SP nicht verhandelbar. Die Bevölkerung will, dass die Förderung von bezahlbarem Wohnraum im Stadtrat höchste Priorität hat. Bereits 2025 erklärten in der Bevölkerungsbefragung über 83% der Zürcher:innen, dass der Stadtrat zu wenig tut, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Der Stadtrat darf den Willen der Bevölkerung nicht länger ignorieren.

Berechnungen der SP zeigen, dass pro Jahr rund 750 Wohnungen erworben werden müssen, um bis 2050 das Ziel von einem Drittel gemeinnütziger Wohnungen zu erreichen. Für die SP ist nicht nachvollziehbar, wie der Stadtrat zum Schluss kommt, dass 50 Wohnungen pro Jahr durch Zukäufe auch nur annähernd ausreichen würden, um den Volkswillen zu erfüllen.

Für Auskünfte:

Lisa Diggelmann, Co-Fraktionspräsidentin SP, Tel. 079 616 08 02